

- MEDIENMITTEILUNG -

Abstimmungskampf um GSoA-Exportverbots-Initiative eröffnet – Diffamierung statt Argumente?

AWM. 21. August 2009. Mit einer konstruierten Agentenstory um die angebliche Bepitzelung einer öffentlichen GSoA-Tagung für „interessierte Aktivisten“ eröffnen die Armeeabschaffer der GSoA mit der willigen Komplizin WOZ ihren Abstimmungskampf um die Volksinitiative für ein Kriegsmaterialausfuhrverbot. Offenbar sollen mit diesem Diskreditierungsversuch die Schwunglosigkeit des eigenen Anliegens kaschiert und die Argumentationsschwäche der Armeeabschaffer überdeckt werden.

Dies erstaunt wenig, hat doch der GSoA-Ladenhüter, der am 29. November zur Abstimmung kommt, keine Chancen vor dem Volk. Die Exportverbots-Initiative ist weitgehend eine Neuauflage eines analogen Begehrens, das 1997 an der Urne deutlich verworfen wurde. Die GSoA-Initiative wird von Bundesrat und Parlament, von den bürgerlichen Parteien, von den Verbänden der Wirtschaft sowie von allen ausserdienstlichen Miliz-Verbänden und -Organisationen bekämpft. Sie gefährdet die Schweizer Industrie und die Versorgung unserer Armee mit Rüstungsgütern.

In der aktuellen wirtschaftlichen Krise liegt die Exportverbots-Initiative besonders quer in der Landschaft, gefährdet sie doch nicht nur Tausende von Schweizer Arbeitsplätzen, sondern den Wirtschaftsstandort Schweiz überhaupt. Zudem würde ihre Annahme bedeuten, dass unsere Armee im Notfall nicht mehr über die eigene Rüstungskapazitäten ausgerüstet werden könnte – das erklärte Ziel der Armeeabschaffer!

Die AWM bekämpft diese schädliche Armeeabschaffer-Initiative. Wir weigern uns, im Abstimmungskampf auf das Niveau der GSoA hinunterzusteigen. Dies ist auch gar nicht nötig, weil alle Argumente klar gegen diese Initiative sprechen.

Weitere Informationen auf www.awm-cmep.ch

Für direkte Auskünfte:

Andreas Widmer
Präsident
071 913 00 00